

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 23.

Charlottenburg, Freitag, den 4. Juni 1920.

Jahrg. 47.

Lohn und Lebenshaltung.

Berufene und Unberufene sind seit einiger Zeit an der Arbeit, um dahin zu wirken, dem Arbeiter begreiflich zu machen, daß eine Gesundung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse nur eintreten kann, wenn die Arbeiter aufhören, immer wieder neue Lohnforderungen zu stellen. Wir müssen viel, sehr viel arbeiten und uns der größten Sparsamkeit im Verbrauch aller Bedarfsgegenstände befleißigen, wir müssen uns durchhungern, wieder groß hungern, wenn wir wieder aufwärts kommen wollen. Soll denn aber nur die Arbeiterschaft sich durchhungern, während alle übrigen Gesellschaftsklassen meinen, davon ausgeschlossen bleiben zu müssen? Nach einem ökonomischen Gesetz soll der Arbeitslohn die Summe darstellen, die der Arbeiter zur Wiedererneuerung seiner Arbeitskraft braucht, die ihm und seiner Familie die Existenz ermöglicht. Aber nicht nur die nackte Existenz auf niederster Kulturstufe, sondern eine Existenz, die dem Stande der allgemeinen Kultur entspricht, hat der Arbeiter mehr und mehr zu beanspruchen gelernt. Der verlorene Krieg hat das deutsche Volk ohne Zweifel in wirtschaftlicher Beziehung weit zurückgeworfen. Zuerst ist es aber wieder der Arbeiter, der in seinen Kulturanprüchen zurückgedrängt wurde. Heute fehlt es der Arbeiterschaft an der notwendigsten Ernährung, an Behausung, Bekleidung, kurz am Allernotwendigsten zur Fristung der nackten Existenz. Ausgaben für Bildungsmittel, gute Bücher, Theater-, Konzertbesuch usw. müssen einfach unterbleiben, weil die Beschaffung der dringend notwendigsten Nahrungsmittel den heutigen Lohn des Arbeiters allein in Anspruch nimmt. Man blide nur hinein in die Arbeiterfamilien, in die Familien der kleinen Angestellten bis hinüber zu den Familien, die vor dem Kriege den sogenannten bürgerlichen Mittelstand bildeten. Abgerissene, geflickte Tisch-, Bett- und Leibwäsche, verschlissene Ober- und Unterkleidung, mit einem Wort, nichts Nichtiges am und im Leibe. Elend und Not grinst uns überall von dort entgegen, wo vor dem Kriege diese nicht, zum mindesten nicht in dem hohen Maße wie heute, bekannt waren. Und das alles trotz der verhältnismäßig hohen Löhne, die die Arbeiter heute beziehen. Niemand weiß besser als der Arbeiter, daß die nominell hohen Löhne von heute für ihn keine Besserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten. Durch die Not gezwungen, um vor dem gänzlichen Versinken sich zu schützen, mußte der Arbeiter immer wieder neue Lohnforderungen stellen und auf deren Erfüllung drängen, wenn infolge der fast täglichen sprunghaften Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel sein Lohn wieder gänzlich unzureichend geworden. Dieser Art Lohnpolitik, alle paar Wochen neue Lohnforderungen zu stellen und zu verwirklichen zu suchen, kann weder der einzelne Arbeiter, noch dessen Interessenvertretung, die Gewerkschaft, irgendwelche Reize abgewinnen. Diesen wäre es angenehmer, bei geordneten, stabilen Wirtschaftsverhältnissen langfristige Tarifverträge abschließen zu können, die nicht nur dem Unternehmer für seinen Betrieb, sondern auch dem Arbeiter für seinen Haushalt ein Disponieren auf weiter vorausliegende Zeit ermöglichen. Das ist bei den schwankenden Verhältnissen von heute leider eine Unmöglichkeit.

Wie es den Anschein gewinnt, scheinen wir insolge dessen, daß die große Masse des Volkes, die werktätige Bevölkerung, nicht in der Lage ist, auch nur den kleinsten Teil des sonst so notwendigen Bedarfs decken zu können, einer Krise entgegenzugehen. In den jüngsten Tagen gingen Meldungen durch die Presse, daß Schuhfabriken, die Millionen von Stiefeln auf Lager haben, die ihnen aber nicht abgesetzt werden, den Betrieb schließen und die Arbeiter entlassen müssen. Wahrlich — eine nette Ordnung. Die Fa-

briken haben nichts zu tun, weil sie die Stiefel nicht los werden können, und die Arbeiter müssen barfuß laufen, weil sie kein Geld haben zum Stiefellaufen. In einer Zeit, in der immer wieder der stereotype Ruf ertönt: „Nur Arbeit kann uns retten“, werden Tausende von Arbeitern als „überflüssig“ auf die Straße geworfen. In einer Zeit, in der so viel über die Arbeitsunlust gezetert wird, werden Tausende zur Untätigkeit gezwungen.

Diese Krisenerscheinung kann sich leicht auch über andere Zweige unserer Industrie ausbreiten. Schieber und Spekulanten aller Art, die da meinten, die Preistreiberien bis ins Unendliche fortsetzen zu können, haben Waren aller Art zusammengekauft und auf Lager gelegt, bis ihnen der Preis hoch genug getrieben erschienen war, um wieder verkaufen zu können. Es ist möglich, daß eine große Anzahl dieser Wucherer sich verrechnet hat und jetzt die Waren noch mit Verlust zu verkaufen gezwungen wird. Die Besserung unserer Valuta hat, was wir in unserem Berufe verspüren werden, dazu beigetragen, daß den Industriellen Auslandsaufträge annulliert wurden. In Verbindung damit hält die Kauflust auch auf dem Inlandsmarkt zurück, weil angenommen wird, daß in kürzerer Zeit eine allgemeine Preisfönten eintreten müsse. Infolgedessen haben wir den eigentümlichen Zustand zu verzeichnen, daß trotz allgemeinem Warenmangel eine Absatzstörung eingetreten ist. Wie lange diese andauert, läßt sich allerdings nicht voraussagen. Die „Porzellan- und Glashandlung“, das Händlerorgan, schreibt in ihrer Nr. 20 gar, daß den vorausgegangenen fetten Jahren jetzt sieben recht magere Jahre folgen werden. Unsere Mitglieder, die bisher nicht gewußt haben sollten, in welcher Situation die Arbeiter in „fetten“ Jahren kommen, werden sich nunmehr wiederum nicht vorstellen können, wie die kommenden mageren Jahre aussehen sollen. Wir sind der Meinung, daß wohl nur den Händlern gesagt werden soll, daß die fetten Jahre zu Ende zu gehen drohen.

Das Händlerblatt bedauert, daß gerade in dieser Zeit ein Preisaufschlag für Porzellangeschirr von den Fabrikanten festgesetzt wurde. Damit das laufende Publikum seinen etwa entstehenden Unwillen über die neueste Preiserhöhung nicht etwa gegen die Händler richte, empfiehlt das Blatt allen Händlern, durch Inserate in den Zeitungen und durch Plakate in den Verkaufsräumen das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß der „Verband deutscher Porzellanfabriken“ sich genötigt gesehen hat, vor allem mit Rücksicht auf die Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft, die bis zu 85 Proz. betrügen, die Preise für Porzellan um über 50 Proz. zu erhöhen. Dadurch sei natürlich auch eine Erhöhung der Detailpreise notwendig geworden.

Das Händlerblatt versucht allen Ernstes, die sich zeigende Krisenerscheinung auf das alleinige Verschulden der Arbeiter zurückzuführen. So ganz nebenher wird der begreiflicherweise entstehende Unmut des laufenden Publikums auf die Arbeiter abgelenkt, die mit ihren „ewigen Lohnforderungen“ allein die Schuld tragen, daß die Warenpreise ihren heutigen hohen Stand erreichten. Daß die Preise der Rohmaterialien und Rohlen ungleich höher gestiegen und den wesentlichsten Teil der Warenverteuerung begründeten, wird dem laufenden Publikum verschwiegen. Es ist doch ferner eine nachgerade satfam bekannte Tatsache, daß die Erhöhung der Löhne und Gehälter für die Arbeiter und Angestellten immer erst der Verteuerung der Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse nachhinkte. Bei solcher Sachlage müßte für jeden Einsichtigen auf der Hand liegen, daß an der Verteuerung aller Produkte nicht die Lohnforderungen der Arbeiter schuld sind, sondern daß es umgekehrt richtiger ist, daß der Arbeiter gezwungen war und ist, der Verteuerung seiner Lebenshaltung entsprechende

Lohnforderungen zu stellen. Gerade das Händlerblatt, dieser enragierte Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsweise und grimmige Feind jeder Gemeinwirtschaft, der der Ludergeruch des Sozialismus anhaftet, mußte am besten wissen, daß der Preis einer Ware von dem Verhältnis des Angebots zur Nachfrage bestimmt wird. Jeder Erzeuger und Verkäufer von Waren hat sich den Mangel an Waren zunutze zu machen verstanden, indem die Preise in die Höhe getrieben wurden. Wenn der Preis der Waren heute eine Höhe erreicht hat, daß der größte Teil des laufenden Publikums — und das sind doch die Arbeiter — heute nichts mehr kaufen kann, dann liegt es daran, daß dieser größte Teil des Volkes heute trotz der immer wieder ausposaunten sehr hohen Löhne bettelarm geworden ist. Daß die Dinge so liegen, gibt selbst das Händlerblatt zu, indem es sagt, die Ausgaben nur für die rationierten Lebensmittel und die notwendigsten Bedarfsartikel zehren heute das Einkommen des Durchschnittskäufers vollkommen auf.

Das Händlerblatt, das erst unlängst den Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft herbeisehnte, um dadurch die Arbeiter zur Vernunft zu bringen, sagt in seiner letzten Nummer, daß die beginnende Krisis mit ihren Begleiterscheinungen — massenhafte Entlassungen von Arbeitern infolge Stilllegung von Betrieben — die Arbeiter dahin bringen wird, ihre gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Tarifverträge im Stich zu lassen und sich zu jedem Lohn und zu jeder Bedingung zur Arbeit anbieten werden, um nur nicht zu verhungern. Wenn die Unterstützungskassen der Gewerkschaften erschöpft sind, werde und müsse dieser Zustand eintreten. Wir glauben, daß die Arbeiter heute nicht mehr dumm genug sind, um nicht zu wissen, daß dadurch die bestehenden Schäden nicht vermindert, sondern nur noch erhöht werden könnten. Die Arbeiter werden begreifen lernen, daß sie in solcher Zeit erst recht ihre Organisationen brauchen, um sich vor dem Verhungern zu schützen. Wenn die heutige Gesellschaft absolut kein Mittel wissen sollte, um die Arbeiterschaft vor dem Verhungern zu schützen, dann werden die Arbeiter letzten Endes selbst die Bestimmungen über ihr ferneres Schicksal treffen müssen.

Auf jeden Fall werden unsere Mitglieder aber ersehen, wie sich eingefleischte Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsweise den ferneren Gang der Verhältnisse vorstellen und wünschen, und werden daraus lernen, dafür zu sorgen, daß die Entwicklung einen anderen Weg nimmt. Die Arbeiter haben keine fetten, sondern sechs recht magere Jahre hinter sich. In dieser Zeit sind die Arbeiter mehr und mehr zur Erkenntnis gelangt, daß nur im Zusammenschluß, in der Organisation, das Heil liegen kann. An dieser Erkenntnis werden sie festhalten, weil nur mit Hilfe der Organisation Lohn und Lebenshaltungskosten miteinander in Einklang zu bringen sind.

Die erste Hilfe bei Massenunglücksfällen.

Wie aus der Tagespresse zu ersehen, vergeht fast keine Woche, wo nicht von größeren Explosionen oder explosiblen Bränden innerhalb Deutschlands berichtet wird. In der Presse selbst geht man nach dem ganzen Geist der heutigen Zeit mit leichter Art darüber hin; man sucht jede eingehende und breite Darstellung zu vermeiden. Menschenleben und -gesundheit werden, wie in den Kriegsjahren, immer noch sehr niedrig bewertet. Bei diesen Vorgängen haben wir es unstreitig in erheblichem Maße mit den Nachwirkungen des Krieges zu tun, wobei weitläufig die Arbeiterklasse wieder die größten Opfer bringen muß. Für die organisierte Arbeiterschaft entsteht hier wieder von neuem die Frage: Welche Ursachen sind in technischer Beziehung oder sonst die Veranlassung gewesen, und welche vorbeugenden Schutzmaßnahmen sind unterlassen worden? Eine Beantwortung dieser Frage muß unbedingt von den amtlichen Organen gegeben werden.

Es wird sich hierbei nicht immer allein darum handeln: ob bei den Betrieben die Schutzvorschriften ausgehängt sind, ein Magazinlasten mit Inhalt und eine Plakatantweisung für die erste Hilfeleistung bei Unfällen oder plötzlichen Erkrankungen sowie sonst anderes Heil- und Hilfsmaterial, wie Sauerstoffflaschen, Ventilatoren usw., vorhanden oder oft nicht vorhanden waren — oder sich sonst in einem äußerst gefährlichen Zustande befanden — sondern auch darum, inwiefern hier mit Rücksicht alles bereitgestellt war, um die Wirkung dieser nachteiligen Vorgänge abzuschwächen.

Ohne dabei in allen Fällen im voraus die Unternehmer oder Betriebsleiter zu belästigen anzunehmen, so sind hier doch reiche Möglichkeiten gegeben, die Dinge zu verdunkeln. Es liegt in der Natur der Sache, daß Explosionen und Brandkatastrophen, daß die unheimlichen Zusammenhänge sehr oft schwer festzustellen sind und auch verschleiert werden können. Eine hochverständige Kenntnis von der Gefahrenindustrie und deren Anlagen muß ohne Zweifel von der zuständigen Gewerbeinspektion (Gewerbeaufsicht) erwartet

werden können. Dasselbe wird auch auf Grund der Unfallversicherungs Vorschriften von dem technischen Aufsichtsbeamten der in Frage kommenden Verusagenossenschaft sowie von den im Betrieb beschäftigten Vorarbeitern anzunehmen sein. Wenn wir bei alledem uns genötigt sehen, diese Unglückskatastrophen als ernste Mahner für die Wahrnehmung des Arbeiterschutzes zu betrachten, so wird doch andererseits immer wieder darauf hingewiesen werden müssen, daß derartige Gefahrenquellen als Begleiterscheinung oft weit über die Grenzen der Gefahrenbetriebe eine Unsicherheit erzeugen und eine ständige Lebensunsicherheit für die umgebende Bevölkerung bedeuten. Aber auch aus anderen Umständen und Zusammenhängen können sich Katastrophen ergeben, an welchen eine Kulturgemeinschaft nicht gleichgültig vorübergehen kann. Danach wird immer wieder die Frage aufzuwerfen sein: Welche Erste-Hilfe-Organisation sind durch den Staat oder die Gemeinden geschaffen, um bei Massenverunglückungen schnell ein Eingreifen zu ermöglichen?

Biernlich ein Jahr vor Ausbruch des Krieges, im September 1913, hat sich der 2. Internationale Kongreß für Rettungswesen, der in Wien tagte, mit dieser Frage beschäftigt. Nach einem Referat von Dr. med. Paul Streffer hat die Deutsche Gesellschaft für Samariter- und Rettungswesen in Leipzig ein beachtenswertes Material aus sämtlichen Staaten Europas gesammelt. Das Material besteht aus 53 verschiedenen Katastrophen. Im einzelnen betreffen sie 4 schwere Automobilunfälle, 7 große Brände, 7 Einsturzkatastrophen, 7 Eisenbahnunglücke, 2 Erdbeben, 4 Grubenkatastrophen, 1 Laminenunglück, 12 Explosionen, 3 Schiffsunfälle, 3 Tumulte, 1 Massenvergiftung und 2 Hochwasserkatastrophen. Die Zahl der durch diese Unglücksfälle getöteten und verletzten Menschen ist nicht genau festgestellt; doch starben auf der Stelle oder doch im unmittelbaren Anschluß an der Katastrophe mindestens 898 Personen, während mindestens 1499 verletzt wurden und darunter 163 schwer. Unberücksichtigt dabei sind die Opfer des Erdbebens von Messina. Jede Katastrophe hat demnach über 17 Tote und fast 29 Verletzte als Opfer gefordert. Daß diese hier angeführten Zahlen als Mindestzahlen anzusehen sind, daß namentlich die Zahl der Todesfälle viel zu niedrig gegriffen ist, ergibt sich aus den letzten Vorgängen in Deutschland im Laufe dieses Jahres. So wurden bei den Unruhen in Berlin am 13. Januar 42 Tote und 105 Verletzte gezählt. Bei der furchtbaren Pulverexplosion in Rottenslein in Ostpreußen am 10. April sind nach einem Bericht des zweiten Bürgermeisters von Königsberg 300 bis 400 Tote, ohne die anderen Verletzten, zu verzeichnen. Am demselben Tage ereignete sich bei der Castellenga-Grube, beim Bahnhof Vorsigwerke in Oberschlesien, eine Schlagwetter-Explosion, bei der 26 Tote geborgen wurden. Das Grubenunglück auf der Beche Bruchstraße bei Langendreer am 11. April forderte 19 Tote. Die Explosionskatastrophe der Stollberger Düngersfabrik durch Sprengstoffe am 13. April brachte 21 Personen ums Leben und ergab außerdem 14 Schwerverletzte. Dabei wurden nicht allein Arbeiter der Fabrik, sondern auch Straßenpassanten getötet und so fort. Bei derartigen Massenunglücksfällen kommen noch weiter hinzu die nach kürzerem oder längerem Krankenlager verstorbenen Verletzten, welche dann diese graufige Rechnung nicht unbeträchtlich erhöhen.

Sehr richtig wurde deshalb auf dem Wiener Kongreß gesagt: „Bedenkt man weiter das ziffernmäßig kaum abzuschätzende Elend, das durch dauernde Verstümmelungen, durch unheilbares Siechtum, durch langwierige Arbeitsunfähigkeit der Verletzten hervorgerufen wird, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Bereitstellung geeigneter Vorkehrungen für die erste Hilfe bei Massenunglücksfällen eine der wichtigsten Aufgaben des Rettungswesens darstellen muß.“ Wenn man die vielgestaltigen großen Massenunfälle nach Art und Ort ihres Vorkommens sowie nach ihrer besonderen Ursache überblickt, so heben sich aus diesem furchtbaren Wilde zunächst die immer ab, die gewissermaßen nur ein Glied einer Kette ohne Ende darstellen, die man mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit — wenn auch nicht nach Form und Zeitpunkt — voraussetzen und auf deren Eintritt man sich deshalb beizeiten rüsten kann. Solche voraussehbaren Unglücksfälle sind entweder vorübergehend oder dauernd. Zu beachten sind hierbei Massenveranstaltungen, wie Volksfeste, sportliche Vorführungen, Wettrennbefuche, Umzüge, wirtschaftliche oder politische Demonstrationen, Versammlungen. Durch irgendeinen Umstand entsteht während der Ausführung im Theater, im Zirkus, in großen Konzertsälen oder auf stark frequentierten Straßen eine Panik, die in wenigen Minuten Menschenleben und -glück zerstört. Aber ganz besonders sind die Gefahrenquellen und die Gefahrenindustrie sowie die Bauten, Steinbrüche und dergleichen, die abseits von den großen und mittleren Städten in kleineren Orten und auf dem Lande sich befinden, im Auge zu behalten, um hier bei Unglücksfällen schnelle Hilfe zu bringen, wo oft bis zum ärztlichen Ein-

greifen Holz- und Eisenteile und große Schuttmassen oberhalb der Verletzten zu beseitigen sind, wobei dann die Feuerwehrorganisationen in den seltensten Fällen allein genügen können.

Wenn man bei solchen Ereignissen weitere Menschenvernichtung infolge von Unterlassungen verhindern will, dann bedarf es eines gut funktionierenden Apparates, der von einer Zentralfstelle in der Provinz oder im Kreise geleitet wird. Diesen zu schaffen, wird die Aufgabe des demokratischen Staats in Verbindung mit den Gemeinden und den Rettungsgesellschaften sowie mit den Ärzte- und Samaritervereinen sein müssen. Auch der Arbeiter-Samariterbund wird gewiß, wie so oft, gern bereit sein, hier helfend mitzuwirken. Wenn das geschieht und das Vorhandene nach der Richtung weiter ausgebaut wird, dann wird das eintreten können, was der Referent auf dem 2. Internationalen Kongreß in Wien 1913 zum Schluß forderte: „Solchen Katastrophen gegenüber muß das allgemeine Rettungswesen genügen, und es wird bei Anspannung aller seiner Kräfte auch dann leisten, was billigerweise von ihm gefordert werden kann, wenn es über ausreichendes ärztliches und technisch geschultes Hilfspersonal, über genügende Krankentransportmittel und ein zuverlässiges Meldewesen verfügt.“ Der Ausbildung zum Samariterdienst und zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen muß in Arbeiterkreisen mehr gefordert werden. In allen Betrieben müssen eine Zahl von Beschäftigten vorhanden sein, die auf diesem Gebiet als geschult angesprochen werden können. Jetzt heißt es: Dem Wert des Menschen wieder Achtung zu verschaffen und wahre Menschenliebe und Humanität zur Geltung zu bringen.

„Revolutionierung oder Aushöhlung der Gewerkschaften?“ . . .

Das innerliche Leitmotiv eines Einführungsvortrages, den unlängst unser Genosse Apel, der Lokalbeamte der Berlin-Charlottenburger Zählstelle, den dortigen Kollegen am 19. Mai hielt und dessen allgemeine Wichtigkeit es bedingt, auch unsere Kollegen im Lande mit den höchst beachtlichen Ausführungen vertraut zu machen.

Apel erklärte (hier hauptsächlich zusammengefaßt) ungefähr folgendes:

Es dürfte unseren Mitgliedern bekannt sein, daß — neben anderen — vor allem von der U. S. P., der S. P. D. und der Arbeiterbetriebsrätezentralen eingerichtet worden sind, die die hier eingeschriebenen Betriebsräte der Fabriken, Werkstätten, Büreaus und dergleichen mehr mit Instruktionen, Anregungen usw. versehen und andererseits Wünsche und Vorschläge entgegennehmen und praktizieren. Das ließt sich soweit sehr friedlich, ist aber in Wahrheit ein ganz unhaltbarer Zustand. Denn es liegt klar auf der Hand, daß in diesen vielen Zentralen die sozialistischen Paroleauffassungen beträchtlich ins Gewicht fallen und immer ererbten Bruderzwist in die Betriebsräte brachten. Die Betriebsrätezentrale der U. S. P. spielte dabei eine besonders unerquickliche Rolle; ja, diese ganzen (bedauerlichen) Zustände führten oft soweit, daß die Gewerkschaften in ihren Beständen bedroht waren. (Apel zitierte Beispiele.) Es war eben unmöglich, in einer gemeinsamen Sache mehrere Zentralen nebeneinander verlaufen zu lassen.

So dämmerte es — endlich! — in den freien Gewerkschaften, und das Werk des Genossen Ruch von der Berliner Gewerkschaftskommission ist es, hier Wandel zur Einigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft geschaffen zu haben. In einer Vollversammlung beschloß die Gewerkschaftskommission einstimmig die Schaffung der „Betriebsrätezentrale der Berliner Gewerkschaftskommission“. Sie möge den anderen Zentralen eine „Konkurrenz“ sein . . . Dennoch — hier liegt das Überst Wichtige dieser Neuschaffung — sie bringt die Betriebsräte nun endlich dorthin, wo sie längst hätten sein müssen: ins Gewerkschafts- und nicht ins Parteihaus. — Die neue Gewerkschaftszentrale hat nun ihre Tätigkeit bereits aufgenommen, Sekretär und 13 Obmänner als Verwaltung konstituiert und appelliert nun zum Beitritt und zu reger Mitarbeit aller Kollegen, denen eine Revolutionierung und Einheit der Arbeiterschaft wirklich am Herzen liegt. Sie hat Richtlinien und Berufsgruppen für Kopf- und Handarbeiter aufgestellt und diese (breiten) kompakten Gruppen wiederum spezialisiert. — Soweit Kollege Apel.

Es seien nun zur nochmaligen Klarlegung dieser Frage hier ein paar Sätze des Genossen S. Aufhäuser aus einem Aufsatz angeführt, den Apel den Porzellanern der Berlin-Charlottenburger Zählstelle vortrug und die, wie schon erwähnt, auch zur Erhellung dieser Frage dienen können.

Aufhäuser schreibt im Hinweis auf die Zentralen der U. S. P., S. P. D. usw.:

„Dürfen die Betriebsräte von den Gewerkschaften organisatorisch getrennt werden, wenn sie ihre Gegenwartsaufgaben und den Kampf um das sozialistische Endziel bewältigen wollen? Zunächst wäre es eine nie wieder gutzumachende Schädigung der gesamten Arbeiterschaft, in den unmittelbar bevorstehenden schweren Kämpfen mit dem Unternehmertum die Mitglieder der Betriebsräte, d. h. die Vorkämpfer der Gesamtbewegung, in einer Sonderorganisation zu vereinigen, während die übrigen Belegschaften der Betriebe eine völlige Loslösung erfahren sollen.“

Später führt er weiter aus:

„Die Trennung der Betriebsräte von den Gewerkschaften bedeutet für diese die Entfernung des wichtigsten revolutionären Elements. Die Revolutionierung der Gewerkschaften würde auf diese Weise zur Unmöglichkeit, ihre Aushöhlung als Instrument des Klassenkampfes zur höchsten Vollendung gebracht.“

Aufhäuser, von der Versammlung applaudierter Artikel schloß:

„Entweder die Rätebewegung wird mit den Gewerkschaften vereint erfolgreich sein oder sie wird nicht sein.“ — — —

Die Diskussion über das Gehörte war kurz, aber gut — U. a. geißelte Kenner mit Recht den lobenden Bruderzwist in einer Zeit, wo die Unternehmerschaft siegesbewußt rüstet. Krebs verlas eine Meldung der Internationale, die beschlossen hat, die Verbindung mit politisch gefärbten Gewerkschaftsorganisationen abzulehnen. Schulze ersparte (gleichfalls mit vollem Recht) den Gewerkschaften nicht den bitteren Vorwurf, daß sie in dieser Sache bisher geschlafen und nicht schon längst solche Zentrale ins Leben gerufen haben. Schütz sagte: „Wir lehnen einfach jegliche Zersplitterungsabsichten ab und können hier beweisen, daß wir einig sind. Hier ist eine erfreuliche Tat!“ So klang die Diskussion geschlossen aus und Genosse Apels Referat fand in der Abstimmung allseitige Zustimmung für die Gewerkschaftszentrale. (Nur 1 Stimme opponierte.) — — —

Vorher hatte sich Kollege Krebs, diesmal mündlich am Rednerpult, bemüht, den Kollegen die so dringliche Beitrags- und Unterstützungserhöhung an Hand von Parallelen zu anderen Organisationen verständlich zu machen. Auch ihm stimmte die Versammlung zu und nahm folgenden Antrag seinerseits an: „Der Hauptvorstand wird ersucht, unverzüglich die Frage der Beitragserhöhung in Erwägung zu ziehen und diesbezüglich den Mitgliedern in kürzester Zeit Vorschläge zu machen und dieselben zur Urabstimmung zu unterbreiten.“ gez.: Alfred Krebs.“

S. R—w.

An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes!

An die Ortskartelle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände!

Die Wahlen zu den Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten stehen vor ihrem Abschluß. Die neugewählten Betriebsvertretungen haben in erster Linie Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; sie sollen gleichzeitig dafür sorgen, daß künftig in der Warenerzeugung und Warenverteilung nicht lediglich private Gewinnrücksichten maßgebend bleiben, sondern den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Handlungen der Betriebsräte dürfen jedoch nicht vom

Betriebsegoismus

einzelner Belegschaften getragen sein. Das solidarische Empfinden der gesamten werktätigen Bevölkerung und das Streben nach Verwirklichung gemeinwirtschaftlicher Gedanken sind die unbedingten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte.

Diese großen Aufgaben können die Betriebsräte nur in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften erfüllen. Dabei müssen Hand- und Kopfarbeiter zusammenwirken. Die Schwierigkeiten, die durch die getrennte Organisation von Arbeitern und Angestellten hierbei entstehen, können und müssen überwunden werden.

Die unterzeichneten Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten sind dahin übereingekommen, alle Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte gemeinsam zu treffen und zu diesem Zwecke eine gemeinsame

Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte

einzurichten. Diese wird bis auf weiteres im Bureau des Allge-

meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO. 16, Engelseufer 15 IV, ihren Sitz haben.

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte wird die Richtlinien für die Betriebsräte in kürzester Frist den Ortsausschüssen des A. D. G.-B. und den Ortskartellen der Afa übersenden. Ortsausschüsse und Ortskartelle müssen in gleicher Weise wie die Zentralstellen gemeinsam arbeiten, um die Tätigkeit der Betriebsräte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Zu diesem Zweck sind die Betriebsräte in die Gesamtorganisation der Gewerkschaften einzugliedern. Eine örtliche Zusammenfassung nach Industriegruppen, wie sie durch die Ortsausschüsse des A. D. G.-B. in Berlin und Hamburg bereits vorgesehen ist, wird sich als zweckmäßig erweisen. Hierbei darf eine Trennung zwischen den Mitgliedern der Betriebsräte, die aus Arbeiter- und aus Angestelltenkreisen gewählt sind, nicht eintreten. Die Ortsausschüsse des A. D. G.-B. und die Ortskartelle der Afa müssen gemeinsam eine örtliche Zentralstelle für die Betriebsräte einsetzen.

Mitte Juni wird die nach Beschluß des Ausschusses des A. D. G.-B. herauszugebende Betriebsrätezeitung erscheinen. Die von der Afa bereits herausgegebene Zeitung „Der Betriebsrat“ wird fortbestehen. Ob eine Verschmelzung der beiden Organe möglich und zweckmäßig ist, wird später entschieden werden.

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaftlichen Organisationen muß ein gewaltiger wirtschaftlicher Faktor entstehen, der nicht nur zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens von den Folgen des Krieges, sondern zu seiner Umgestaltung zum Segen aller Arbeitenden entscheidend beitragen wird.

Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Partei dienen soll, muß diesen naturgemäßen Entwicklungsgang stören. Wer aus parteipolitischen Gründen eine Sonderorganisation der Betriebsräte erstrebt, schwächt die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse. Diese kann und darf sich für die nächste Zeit und für absehbare Zeit nur in der Gewerkschaften konzentrieren und muß eins mit ihnen sein.

Nähere Anweisungen über die Durchführung dieser Organisation werden den Ortsausschüssen des A. D. G.-B. und den Ortskartellen der Afa durch die unterzeichneten Zentralstellen direkt übermittelt werden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
C. Legien.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Aufhäuser. Urban. Rlinger.

Aus unserem Berufe.

Aussperrung in Dänemark. Wegen der Aussperrung in der keramischen Branche ist Bezug von Porzellanarbeitern und Töpfern nach Dänemark strengstens fernzuhalten.

Berlin. Die Vertrauensmännerführung der Schilbermaler am 18. Mai beschäftigte sich mit der Gründung einer Streikklasse. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Klasse eine obligatorische oder eine freiwillige sein soll. Hierzu wurde nach eingehender Erwägung der Umstände ein Antrag angenommen, der eine obligatorische Streikklasse verlangt. Es wird also jedem Kollegen zur Pflicht gemacht werden, wöchentlich seinen Obulus außer dem Verbandsbeitrag an den Unterlassierer Simpson zu entrichten. Die Vertrauensleute haben 1,50 Mk. Wochenbeitrag für angemessen erachtet; bei Erwerbslosigkeit wird der Beitrag natürlich nicht erhoben.

Der Branchenvorstand wird in einer besonderen Sitzung am 31. Mai eine Klassenordnung ausarbeiten, die der nächsten Branchenversammlung, die auf den 8. Juni festgesetzt ist, vorgelegt werden soll. Es wird also in dieser Versammlung ein Beschluß gefaßt werden, der ausschlaggebend ist für die ganze Branche. Ich erwarte daher am Dienstag, den 8. Juni, ein volles Lokal bei Wollschläger.

Artur Brauer.

Hermesdorf, S.-A. Die am 16. Mai im Gewerkschaftshaus zu Jena tagende Konferenz der Zahlstellen des Ostthüringer Kreises erhebt schärfsten Protest gegen das Vorgehen des Gauleiters vom Unternehmerverband, Herrn Reeb, in Aulendorf. Herr Reeb hat gegen den unparteiischen Vorsitzenden des Schlichtungsgerichts den — nach unserer Auffassung — ganz unbegründeten — Vorwurf der Parteilichkeit erhoben und dadurch die weitere, so notwendige Tätigkeit des Schlichtungsorgans für längere Zeit unmöglich gemacht. Gegen die letzten Reibungen mit den Vertretern unserer Gauleitung, den Herren Hoffmann und Erdmann, muß gleichfalls Protest erhoben werden. Die bisherigen Zusammenstöße des Herrn Reeb mit unseren Gauleitern und den Betriebsräten scheinen beweisen zu wollen, daß Herr Reeb ein besonderes Geschick hat, Konflikte zu schaffen, anstatt solche aus der Welt zu bringen. Wir fordern unsere Gauleitung auf, sofort die notwendigen Schritte zu

unternehmen, um ein möglichst baldiges Weltertagen des Schlichtungsgerichtes herbeizuführen.

Kahla. Am 21. Mai in der Mittagstunde brach in der Abteilung „Wiesenmühle, Nürnberger Lager“ der A.-G. Kahla Schadenfeuer aus, durch welches der Dachstuhl zerstört wurde. Durch das schnelle und umsichtige Eingreifen der Feuerwehr und durch den Umstand, daß rund um den Brandherd massige Gebäude stehen, wurde ein Weiterumfichgreifen des gefährdeten Elements verhindert und blieben dadurch die betreffenden Arbeiter vor Arbeitslosigkeit bewahrt. Der Betrieb wird aufrechterhalten. Ueber die Entstehungursache ist noch nichts bekannt.

Aus anderen Organisationen.

Tarifverhandlungen für die Weißglasindustrie. Vom 4. bis 8. Mai fanden in Dresden zentrale Verhandlungen zwischen dem Zentralverband der Glasarbeiter und dem Schutzverband deutscher Glasfabriken für die in Schlesien, Sachsen und Brandenburg liegenden Weißglasfabriken statt. Der für diese Betriebe geltende Tarifvertrag war im Sommer vorigen Jahres abgelaufen, und es war nicht gelungen, wieder zu einem Abschluß zu kommen. Die tariflose Zeit hat in den einzelnen Distrikten starke Verschiebung in den Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht. Die im Weißwasser liegenden Hütten wurden von der Arbeiterschaft stark bedrängt, und es gelang den Arbeitern, sich ziemlich beträchtliche Vorteile vor den anderen Gruppen zu sichern. Zurückgeblieben war vornehmlich der Görlitzer Bezirk, der stark unter Kohlen- und Rohstoffmangel zu leiden hatte und in dem eine große Zahl überschüssiger Arbeitskräfte vorhanden war.

Die verschiedenartigen Verhältnisse brachten beiden Teilen keine Befriedigung und sowohl innerhalb der Arbeiterschaft als auch bei den Unternehmern war das Bestreben vorhanden, wieder zu zentralen Verhandlungen zu kommen. Die Buntstelligkeit der Verhältnisse machte die Verhandlungen überaus schwierig, und nur dem beiderseitigen guten Willen ist es zu verdanken, daß die Tarifberatungen zu einem glücklichen Abschluß gebracht werden konnten. Wenn es auch nicht gelang, eine völlige Gleichstellung der Arbeiterschaft in den einzelnen Bezirken herbeizuführen, so gelang es immerhin bei einigen Arbeiterkategorien, und bei den anderen wurde die Annäherung soweit gefördert, daß Hoffnung besteht, bei späteren Verhandlungen eine Gleichstellung zu erzielen.

Für die selbständig arbeitenden Glasmacher und Schleifer wurde für Zeitlohn ein einheitlicher Lohn von 300 Mk. die Woche und bei Allordarbeit ein Nichtlohn von 360 Mk. festgesetzt. Bei der Berechnung der einzelnen Allordpreise soll die durchschnittliche Leistung jeder Arbeiterkategorie im Betriebe von den letzten vier vollen Arbeitswochen festgestellt werden, und auf Grund dieser Durchschnittsleistungen werden dann die Allordpreise berechnet. Die Löhne der anderen Kategorien sind in den einzelnen Bezirken schwankend, haben jedoch eine bedeutende Annäherung erfahren, und der Abschluß dürfte, wenn er auch nicht zu allgemeiner Zufriedenheit herbeigeführt worden ist, im großen und ganzen der Arbeiterschaft befriedigen. Wesentlich am Tarifabschluß ist, daß die Löhne aller gelernten und angelernten Arbeiterkategorien festgesetzt wurden, und nur die Löhne der Tagelöhner sollen den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Urlaub wird gewährt nach dreivierteljähriger Beschäftigung bei der Firma in Höhe von drei Tagen, für jedes weitere Jahr der Beschäftigung einen Tag mehr bis zur Höchstgrenze von sechs Tagen, unter Fortzahlung des durchschnittlichen Wochenverdienstes der letzten vier Arbeitswochen. Militärdienstzeit und Krankheitszeiten rechnen als Beschäftigungszeit. Kriegsteilnehmer, die bei der alten Firma nicht wieder eingestellt werden konnten, sollen bei der sie jetzt beschäftigenden Firma Urlaub erhalten, ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung im Betriebe.

Es wurden dann ferner Entschädigungssätze für Feiertage aufgestellt. Für die Schlichtung der aus dem Tarifvertrag möglichst weitgehend ergebenden Streitigkeiten wurde ein Schlichtungsgericht eingesetzt.

Damit ist wieder einigermaßen Ordnung in die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die genannten Arbeiter der betreffenden Landesteile geschaffen worden. Auch für die übrige Weißglasindustrie Deutschlands in Bayern, Thüringen und Westdeutschland soll der Versuch gemacht werden, sie an den Tarifvertrag anzugliedern. Für Thüringen und Bayern sind Verhandlungen bereits geplant, und es steht zu hoffen, daß auch für Westdeutschland eine Einigungsmöglichkeit gegeben ist. Kommt diese Einigung zustande, dann würde für alle großen Gruppen der Glasindustrie die zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht sein, da in der Flaschen- und Tafelglasindustrie seit längerer Zeit Reichstarife bestehen.

Vermischtes.

Gewinnbeteiligung statt Sozialisierung? Der neuesten Nummer (Nr. 3) des „Reichsarbeitsblattes“ liegt eine Sonderbeilage über „Untersuchungen und Vorschläge zur Beteiligung der Arbeiter an dem Ertrage wirtschaftlicher Unternehmungen“. Die letzten Ausführungen kommen schließlich zu folgendem Resultat: Beide, Unternehmer und Arbeiter, sehen eine Gefahr. Beide suchen nach einem Auswege. Beide sind durch ihre Not gezwungen und bereit, Zugeständnisse zu machen: der individualistische Unternehmer nach der sozialen Seite, der sozialistische Arbeiter in individualistischer Richtung. Die Not bereitet den Weg. Sie schafft den Willen zum Ausgleich, und dieser führt auf den Boden der individualistisch-sozialen Gedankenrichtung. Ihr entspricht die konkrete Lösung: in der Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrage der Unternehmungen treffen sich die von beiden Gruppen gesuchten Auswege“. Wenn man auf dem Wege zur Sozialisierung die Frage der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn aufstellt, wie es von Gewerkschaftsseite ja auch verschiedentlich geschehen ist, dann ist das eine Sache für sich. Jedenfalls müssen wir aber acht geben, daß die Unternehmer in ihrer Angst vor der Sozialisierung dem proletarischen Volke nicht die Beruhigungsmittel der Gewinnbeteiligung eingeben, damit es sein Augenmerk von dem Endziele der Sozialisierung ablenkt. Wenn die Gewinnbeteiligung als letztes Ziel die „gesunde Bahn“ sein soll, wie es in der Arbeit heißt, in die die Sozialisierungsbewegung geleitet werden soll, dann bedanken wir uns für dieses Entgegenkommen. Die Sozialisierung ist und bleibt unser Endziel.

Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes, betreffend Kaufmannsgerichte. Der im Reichsarbeitsministerium bearbeitete Entwurf einer Verordnung zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes ist nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Er bezweckt in erster Reihe die Möglichkeit von Neuwahlen zu den Beisitzerstellen der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Simungsschiedsgerichte zu eröffnen. Zu diesem Zweck will der Entwurf die während des Krieges angeordnete Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer mit dem 10. Juli 1920 zum Ablauf bringen. Gleichzeitig wird dem Entwurf die Abänderung verschiedener Bestimmungen der genannten Gesetze vorgeschlagen, die den so völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Zunächst soll die Höchstgrenze des Jahresarbeitsverdienstes, die für die Abgrenzung des unter dieses Gesetz fallenden Personenkreises maßgebend ist und im Gewerbegerichtsgesetz 2000, im Kaufmannsgerichtsgesetz 5000 Mark beträgt, gleichmäßig auf 15 000 Mark erhöht werden. Weiter soll für beide Gesetze die Heraushebung der Berufungssumme auf 100 Mark (von 100 Mark im Gewerbegerichtsgesetz und von 300 Mark im Kaufmannsgerichtsgesetz) sowie die Herabsetzung des Wahlrechtsalters von dreißig auf fünfundsiebenzig und des Wahlberechtigungsalters von fünfundsiebenzig auf zwanzig Jahre in Aussicht genommen. Die Frauen sollen das aktive Wahlrecht für die Beisitzerwahlen erhalten. Die Verhältnisswahl der Beisitzer der Gewerbegerichte soll zwingend vorgeschrieben werden. Für die erstmaligen Wahlen nach Beendigung des Kriegszustandes sollen die Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden, wonach der Empfang und die Nichterstattung von Armenunterstützung ausschließlichen Mitteln der Wählbarkeit zum Beisitzer entgegensteht und andererseits eine mindestens zweijährige Dauer des Wohnens, der Handelsniederlassung oder der Beschäftigung für die Wählbarkeit erforderlich wird.

Der Entwurf mußte sich darauf beschränken, aus der großen Zahl der Anträge auf Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes diejenigen zu berücksichtigen, die mit dem Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft im Zusammenhang stehen, dagegen die Stellungnahme zu umstrittenen Fragen grundsätzlicher Art dem Arbeitsgerichtsgesetz vorbehalten, dessen Entwurf seiner Fertigstellung entgegengeht.

Zustand und Pflege deutscher Kriegsgräber in Frankreich. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V., hat die Mitteilung erhalten, daß in Frankreich alle einzeln liegenden Kriegsgräber auf Sammelriedhöfen vereinigt werden. Nach direkt eingegangenen Nachrichten aus Avesnes-les-Maubert (bei Cambrai) und Steenwerck (bei Armentières) tragen fast alle Grabzeichen auf den Gräbern der umgebetteten Gefallenen die Bezeichnung „Unbekannt“. In Roisel (bei Veronne) sollen die Gräber noch verlegt werden. Die deutschen Gräber auf dem Militärfriedhof sowie auf dem Gemeindefriedhof Roubaix (bei Lille), die deutschen Gräber auf dem Militärfriedhof sowie auf dem Gemeindefriedhof Roubaix (bei Lille), Cappuy (bei Veronne), Flavigny-le-Petit (bei St. Quentin), Origny-Sainte-Benoite (bei St. Quentin), Aubrehain (bei St. Quentin), die vier Friedhöfe bei Danneberg (nördlich Verdun) und die deutschen Gräber auf dem Mili-

tärfriedhof Münster (Oberelsaß) sind im allgemeinen in gutem Zustande. Auf den Friedhöfen in Nieppe (bei Armentières), Rumilly (bei Cambrai) und Nesles bei Fere-en-Tardenois tragen verschiedene Grabzeichen keinerlei Inschrift. Die Gräber auf dem Friedhof in Arleux-en-Soubelle (bei Lens) sind nicht mehr zu erkennen, da das Gebiet dieser Gemeinde von Granaten zerstört ist. An verschiedenen Orten wurden dem Volksbund von behördlicher Seite ortsansässige Fachleute oder Gärtner empfohlen, die bereit sind, besondere Wünsche der Angehörigen für die Pflege der Gräber oder deren Schmuck an Gedenktagen zu erfüllen. Der Volksbund, der allen Angehörigen der Gefallenen mit Rat und Tat helfen möchte, ist bereit, solche Wünsche zu vermitteln. Seine Arbeit wird um so wirkungsvoller sein, je kräftiger seine Bestrebungen, auf die Pflege der deutschen Kriegsgräber fördernd einzuwirken, im deutschen Volke unterstützt werden. Der Volksbund hat bereits die Bildung von Landesverbänden und Bezirksverbänden eingeleitet und strebt nunmehr dahin, in allen deutschen Orten Mitglieder zu Ortsgruppen zusammenzuschließen. Persönlichkeiten, die bereit sind, hierbei helfend mitzuwirken, werden gebeten, ihre Anschrift der Geschäftsstelle des Volksbundes in Charlottenburg 5, Königsberg 30, anzugeben.

Tuberkulose und Frauenberuf. Die „Hygienische Rundschau“ berichtet über einen Vortrag von Prof. Kayserling, Berlin, in dem dieser zur Bekämpfung der Tuberkulose besonders auf die bessere Fürsorge für die berufstätige Frau hinweist. Es ist traurig, wie die proletarische Frau unter der Tuberkulose zu leiden hat. Denn allein als Mutter hat sie schon ihren Kampf mit der Tuberkulose zu bestehen. Allein durch die Schwangerschaft erhält die Tuberkulosesterblichkeit eine Steigerung um 16 Proz. Und zu dieser Gefahr, die die Tuberkulose der Frau als Mutter ist, kommt noch die Gefahr, die die Arbeit der proletarischen Frau als tuberkuloseförderndes Moment in sich birgt. Wer da nicht auf eine Änderung unserer sozialen Lebensverhältnisse hinzustreben gewillt ist, der hat kein Herz in der Brust und kein Hirn im Kopfe.

Auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. In den industriellen Kulturländern der Welt sind heute etwa 40 000 Konsumvereine mit rund 25 Millionen Mitgliederfamilien, d. h. über 100 Millionen Menschen mit der genossenschaftlichen Warenversorgung befaßt. Das bedeutet, daß die Regelung der Produktion im Sinne der Gemeinwirtschaft Schritt für Schritt, aber sicher und unaufhaltsam in die Hände der genossenschaftlich organisierten Verbraucher übergeht. Diese Entwicklung gehe zu langsam vor sich, sagt mancher, sagen viele. Wichtig, es geht viel zu langsam, nur suche man nicht immer die hemmenden Faktoren in der Methode, sondern frage sich selbst, den Menschen, was er denn schaffe, damit die Gemeinwirtschaft werde. Eine Methode zur Umgestaltung der Wirtschaft kann noch so gut sein, sie bleibt unfruchtbar, wenn die Menschen zur Handhabung der Methode nicht vorhanden sind oder wenn die Methode nicht voll ausgenutzt wird. Die Frage der Entwicklung zur Gemeinwirtschaft ist zugleich eine Frage der Erziehung der Menschen. Diese 100 Millionen Menschen in den genossenschaftlichen Organisationen bedeuten nicht viel, wenn sie die in ihnen liegenden Verbraucherenergien nicht voll zur Anwendung bringen. Im täglichen Leben der Genossenschaft findet die Frage nach dem Tempo auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft ihre Beantwortung in der Gegenfrage: Wie hoch ist dein Umsatz in der Genossenschaft?

Versammlungsberichte.

Berlin. Protokoll der Berliner Konferenz des 1. Agitationsbezirktes. Zum zweiten Male in diesem Jahre tagte im Lokal Wollschläger in Berlin am 9. Mai eine Konferenz des 1. Agitationsbezirktes. Wiederum hatten die brandenburgischen Kreisstellen Berlin-Charlottenburg, Frankfurt (Oder), Rheinsberg, Spandau, Teltow, Belten, Borsdamm und Henningsdorf Delegierte (18 Kollegen) entsandt, die in fast sechstündiger reger Aussprache eingehend zu den folgenden Punkten der Tagesordnung ihre Meinungen austauschten und dementprechende Beschlüsse faßten: 1. Stellungnahme und Anträge zum neuen Lohnabkommen; 2. Stellungnahme in bezug auf eine Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen; 3. Agitations- und Organisationsfragen; 4. Verschiedenes; 5. Diätenfestsetzung.

Nach Begrüßung der Delegierten durch den Vorsitzenden, Kollegen Schulze (Berlin-Charlottenburg), setzte gleich die (überaus lebhaft) Debatte über die Anträge zum neuen Lohnabkommen ein. Schulze (Berlin-Charlottenburg) eröffnete diesmal den Reigen der Diskussionsredner und hat vor allem um Zusammenfassung aller Anträge zu einer einheitlichen Forderung. Nach erschöpfender Diskussion — fast alle Delegierten nahmen das Wort — und nach einem Vorschlag Schultes (Berlin-Charlottenburg), eine Kommission von drei Kollegen zur Formulierung eines einheitlichen Antrages zu wählen, entsprach dem die Konferenz. Die Kommission zog sich zurück und unterbreitete später den Delegierten ihren Gesamtantrag, der untenstehend folgt. — Vorerst seien noch einige Ausführungen einzelner Kollegen hier verlaublich. Valior (Teltow): „In der Festigkeit unserer Kollegen liegt es jetzt, Verbesserungen zu erkämpfen!“ Berndt (Berlin-Charlottenburg) berichtete über die (neuen) Verhältnisse in der Berliner Staatsmannsattur und ver-

trat voll die Idee der Gewährung von Kinderzulagen. Gleichzeitig wies er aber auch auf die Gefahr hin, die kinderreichen Vätern durch Nichtbeschäftigung droht. Trotzdem hielt er die Verwirklichung des Gedankens für äußerst wichtig. Beachtenswert war seine Auslegung des § 75 des Tarifs, von dem er ein diesen Paragraphen betreffendes Zusatzprotokoll der Konferenz bekanntgab, welches besagt, daß § 75 nur für Arbeiter zutrifft, die schon bereits im Genuß dieser Sache sind. (Siehe § 75 des Lohnabkommens.) Dieses Zusatzprotokoll war der Konferenz gänzlich neu und erregte allgemeines Erstaunen. Möbius (Rheinsberg) forderte vor allem Berücksichtigung der hier beschlossenen Anträge durch den Hauptvorstand, Sturzwage (Velten) Zahlung des Groß-Berliner Aufschlages von 20 Proz. auch für Velten. Berndt (Berlin-Charlottenburg) forderte unbedingtes Einwirken der Kollegenschaft auf Außenleiter (wüste Akkordarbeiter) und strengste Selbstdisziplin. W o j a d (Henningssdorf) riet dazu scharfes Eingreifen der Betriebsräte solchen Kollegen gegenüber und berichtete über wirksame Beispiele in Henningssdorf. Gerber (Teltow) forderte kurzfristige Abkommen und später die gleitende Lohnskala. Bei dieser Gelegenheit empfahl er allen Kollegen dringend die Lektüre des Buches „Geldrevolution und Arbeitslohn“, Verfasser: Genosse Adolf Braun (Vorwärtsverlag). Möbius (Rheinsberg) hielt Zahlung einer rückwirkenden Wirtschaftshilfe für durchaus erforderlich. Apel (Berlin-Charlottenburg) trat für prozentuale Lohnzuschläge ein und riet allen Zahlstellen, bei eventuellen Streitfällen Anrufung des (neugeschaffenen) Gauschiedsamtes. R i e m e r (Vordamm) und Möbius (Rheinsberg) verlangten für ihre Zahlstellen Versetzung in die Lohnklasse IIa. — Nach diesen — hier knapp erwähnten — Ausführungen zog sich, wie schon berichtet, die Kommission zurück und unterbreitete nach ausführlicher Beratung und Sichtung der einzelnen Anträge der Konferenz folgenden Antrag, der hier als Einheitsantrag des 1. Agitationsbezirktes dem Hauptvorstand mitgeteilt sei, und der von der Konferenz angenommen wurde. Berndt formulierte ihn folgendermaßen:

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, folgende prozentuale Zuschläge zu fordern:

1. Für Facharbeiter 50 Proz., für Facharbeiterinnen 60 Proz., für sonstige Arbeiter 50 Proz., für sonstige Arbeiterinnen 60 Proz.

2. Ferner zu fordern: Für die Ehefrauen einen weiteren wöchentlichen Zuschlag in Höhe eines Tagesverdienstes, für jedes Kind einen wöchentlichen Zuschlag in Höhe von zwei Stunden Arbeitsverdienst. Letzteres zahlbar bis zum vollendeten 15. Lebensjahr (ohne Einkommen).

3. Aenderung des § 31 des alten Lohn tariffs wie folgt: Die dauernd im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen müssen in Höhe der Akkordbasis entlohnt werden.

4. Die Urlaubsfrage ist wie folgt zu regeln: Es wird gewährt: Bei 1 Jahr Beschäftigungsdauer 4 Arbeitstage Urlaub, bei 2 Jahren 6 Tage, bei 3 Jahren 8 Tage, bei 4 Jahren 10 Tage, bei 5 Jahren 12 Tage, bei 6 Jahren 14 Tage.

5. In Velten ist der Groß-Berliner Steuerzuschlag von 20 Proz. zu zahlen. Die Zahlstelle Frankfurt (Oder) gehört fortan zur Lohnklasse I, die Zahlstellen Vordamm und Rheinsberg fortan zur Lohnklasse IIa. Der 1. Agitationsbezirk.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung (Erhöhung der Beiträge und Unterstufungen) äußerte sich Schulze (Berlin-Charlottenburg) besonders ausführlich und begründete seine (verlesene) Resolution über diesen brennenden Punkt. Dieselbe wurde von der Konferenz akzeptiert und hat folgenden Wortlaut:

„Resolution. Um wirtschaftliche Kämpfe führen zu können, ist die Streikunterstützung viel zu niedrig. Deshalb hält die Konferenz des 1. Agitationsbezirktes eine der Zeit und den Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Beiträge und der Unterstufungen für unbedingt notwendig. Sie ersucht den Vorstand, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen und eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Vorlage den Mitgliedern vorzulegen und zur Abstimmung zu bringen. Die Agitationskommission.“

Erwähnt, weil beachtlich, seien hier noch ein paar Ausführungen Schulzes (Berlin-Charlottenburg) in der dieser Resolution vorausgegangenen Diskussion. Schulze verurteilte aufs schärfste die Mäuschchen jener „Kollegen“, die sich ungeniert falsche Lohnangaben auf ihren Beitragskarten leisten, um geringere Beiträge zu zahlen. Er appellierte dabei an die Gewissenhaftigkeit der Kassierer und auch jeden einzelnen Mitgliedes, um eine gerechte Finanzierung des Verbandes zu erzielen. — Die bisherige Nichtveröffentlichung des Verbandskassenberichts beschuldete die Saumseligkeit einzelner Zahlstellenkassierer. — Zum 3. Tagesordnungspunkt beantragte Gerber (Teltow), demnächst eine gemeinsame Konferenz des 1. und 2. Agitationsbezirktes einzuberufen, um hier auch der Bildung eines Gaus näherzutreten resp. ihn zu veranlassen. Der Antrag wurde angenommen. Schulze (Berlin-Charlottenburg) forderte dabei in Zukunft Hinzuziehung eines Vorstandsmitgliedes zu diesen Besprechungen.

Mitteilenswertes brachte auch Punkt 4 „Verschiedenes“. A n a d y (Berlin-Charlottenburg) beantragte, den Hauptvorstand zu ersuchen, bei den nächsten Verhandlungen den 1. Mai als Feiertag festzulegen. Sein Antrag wurde einstimmig angenommen. Schulze sagte unter Beifall das Wort: „Der 1. Mai wird erst dann ein Feiertag der Arbeiter sein, wenn er gesetzlich sanktioniert ist.“ Möbius (Rheinsberg) und auch andere Delegierte unterbreiteten die von den Unternehmern neu aufgestellten Arbeitsordnungen (Zustandbuch). Schulze (Berlin-Charlottenburg) forderte die Gewerkschaften dazu in dem Punkte zusammen, daß unteren Mitgliedern in der „Arbeitsordnung“ ein klares Musterformular der Arbeitsordnung veröffentlicht wird, worin die Mindestbestimmungen enthält. — Eine Anregung Möbius (Rheinsberg) über die Krankengeldfrage wurde nach Debatte berart formuliert, daß die Unternehmer einen Zuschlag zum Krankengeld gewähren sollen. Gerber (Teltow) gab der Konferenz zu dieser Angelegenheit ein erwidertes und bewährtes Beispiel aus seiner Zahlstelle. Dort werden sämtliche Kranken am schwar-

zen Brett namhaft gemacht, um so einer mißbräuchlichen (wohlverstandenen!) Ausnutzung der Krankenkasse vorzubeugen.

Nach Klarlegung der Diätenfrage dankte Kollege Schulze Anwesenden für die lebhafteste Mitarbeit und entließ die Kollegen besten Wünschen für ein gedeihliches und zufriedenstellendes Ende der nächsten Verhandlungen.

Bezirkskonferenz des 2. Bezirks. Am Sonntag, den 16. tagte im „Restaurant zur Linde“ in Klein-Wittenberg eine Bezirkskonferenz. Vertreten waren die Zahlstellen Althaldensleben, Burg, Colbitz, Elsterwerda, Lützen, Magdeburg, Neuhalbensleben, Rohlau und Wittenberg durch 15 Delegierte. Der Vorsitzende Vorort, Genosse Zander, begrüßte die Anwesenden. Im Namen Zahlstelle Wittenberg begrüßte auch Genosse Schröder die Delegierten. Um 8½ Uhr wird in die Verhandlungen eingetreten. Folgende Tagesordnung steht zur Beratung: 1. Geschäftliches; 2. Stellungnahme zum neuen Lohn tarif; 3. Stellungnahme zur Beitragserhöhung; 4. Stellungnahme zum Anti-Streikgesetz; 5. Anträge und Verschiedenes. Aus den Berichten der Zahlstellen ist zu ersehen, daß es immer noch keine Zahlstelle gibt, welche die Mindestlöhne als Höchstlöhne ansehen. Ein Votum darüber hinausgehen, ja zum Teil konnte festgestellt werden, daß die Mindestlöhne noch nicht einmal verdient wurden. Sogar Arbeiterausschüsse resp. Betriebsräte muß es sein, hier die Lohnnehmer einmal kräftig anzufassen, damit solche Klagen verschwinden. Hildebrandt, Wittenberg, und Schmidt, Althaldensleben, sind der Meinung, daß die Mindestlöhne erhöht werden. Diesen Ausführungen schließt sich noch mehrere Redner an. Schmidt, Neuhalbensleben, fragt wie weit in den einzelnen Zahlstellen dem § 40 des Tarifs schon Geltung getragen ist, d. h. ob sämtliche Lohnzuschläge mit der Grundlohn vereinigt sind. Einige Zahlstellen können berichten, daß dieses geschehen ist, aber bei der Mehrzahl ist es noch nicht der Fall. Vorsitzende ersucht darum, daß die Zahlstellen sich mit dieser Angelegenheit baldigst befassen, und sobald dies geschehen ist, dem Vorstand Mitteilung gemacht wird. Zu Punkt 2, Stellungnahme zum neuen Lohn tarif, meint Sauerbrei, Annaburg, daß den sonstigen Arbeitern bei den Tarifabschlüssen mehr Rechnung getragen werden muß. In Rohlau, sagt, bei dem letzten Lohnabkommen hätten sich die Löhne sonstigen Arbeiter denen der Facharbeiter schon mehr genähert. muß eben immer wieder versucht werden, daß dieses noch mehr geschieht. Außerdem ist er für gestaffelte Lohnsätze. Schulze, Colbitz, schließt sich den Ausführungen an, er ist der Meinung, monatliche Beiträge abzuschließen. Tröger, Lützen, ist dafür, daß die §§ 24 und 25 des Tarifs gestrichen werden, dieselben sind ungerecht. Ulrich, Elsterwerda, meint, der Urlaub ist nach der Tätigkeit im Ruf zu gewähren. Mäfer, Elsterwerda, wünscht, daß Lohnklasse 3 in 35 Proz. und für die sonstigen Arbeiter 50 Proz. Lohnsteigerung fordern, wird angenommen. Ferner eine wöchentliche Steuerumlage für verheiratete Arbeiter 10 Mk., für Kinder 15 Mk. extra. Punkt 3, Beitragserhöhung, sind die Delegierten darüber einig, eine solche erfolgen muß, die Staffelung der Beiträge bleibt dem Vorstand überlassen. Dementsprechend sind auch die Unterstufungen einzurichten, eine Abstimmung muß hierüber entscheiden. Punkt 4 hält Hildebrandt einen längeren Vortrag über die Wirkung, welche ein derartiges Gesetz heraufbeschwören würde; allenthalben muß dagegen Protest eingelegt werden. Folgende Resolution gelang zur Annahme: „Die heutige Bezirkskonferenz protestiert in schärfster Weise gegen das von der Regierung ausgearbeitete Anti-Streikgesetz. Sie bezeichnet es als eine Schmach der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung, ein derartiges Gesetz, welches bezweckt, bei Lohnkämpfen das äußerste Kampfmittel, den Streik, zur Unmöglichkeit zu machen, der Arbeiterschaft aufzwingen zu wollen. Die Konferenz erwartet von allen Gewerkschaftsvorständen, sowie der gesamten Arbeiterschaft, sie in schärfster Weise aus Selbsterhaltungstrieb dieses Gesetz einmütig zur Ablehnung bringen.“ Unter Punkt 5 wird ein Antrag Zander, Magdeburg, angenommen, daß bei späteren Konferenzen der Vorort jedesmal einen Vertreter zu entsenden hat. Ueber die Neugefaltung der Fabrikordnung entspann sich noch eine längere Debatte. Beschlossen wurde, den Vorstand zu beauftragen, einen Entwurf auszuarbeiten und jeder Zahlstelle ein Exemplar zu senden. An der Hand eines solchen Entwurfes können dann die Betriebsräte eine Fabrikordnung ausarbeiten. Ferner soll beim Vorstand noch angefragt werden, ob er zur Lehrlingsfrage etwas „Allgemeines“ beschlossen hat. Nachdem noch die mangelhaften hygienischen Einrichtungen in den Betrieben stark kritisiert worden waren, fand die Konferenz um 5½ Uhr ihr Ende.

Kahla. In der Zahlstellenversammlung am 20. Mai, welche schlecht besucht war, standen Berichte und gewerkschaftliche Fragen der Tagesordnung. Vor Eintritt in dieselbe erklärt der Vorsitzende, daß die Versammlungen künftig pünktlich zur festgesetzten Zeit eröffnet würden, ohne Rücksicht darauf, wieviel Mitglieder bei der Eröffnung anwesend sind. Es geht länger nicht an, daß Mitglieder, welche pünktlich erscheinen, eine halbe Stunde und länger warten sollen auf die, welche noch kommen sollen, ehe die Versammlung eröffnet werden kann. Je früher die Versammlungen ginnen, je eher finden sie ihr Ende. Jetzt bei den teuren Preisen „Bier“ und allem sonstigen, was in den Versammlungen von den Besuchern verzehrt wird, kann niemand verlangen, daß sich die pünktlichen Besucher Saumseliger halber stundenlang hinstellen und warten. Appellieren an dieser Stelle nochmals an die Pünktlichkeit aller unserer Mitglieder.

Zum Tagesordnungspunkt „Berichte“ berichtet Genosse A. über die letzte Sitzung des Ortsausschusses der Gewerkschaften (Arbeitskassen). Anschluß der Werkmeister an den Ortsausschuss, Ernährungsfragen, Erörterung der Angelegenheit, betreffend Zahlung der Streiktagelohn beim Generalstreik seitens kleiner Unternehmer und Aussprache über Mißstände im Lehrlingswesen bei einigem Meistern am Orte standen hauptsächlich auf der Tagesordnung dieser Sitzung. Der Bericht wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Am weiteren berichteten der Vorsitzende und der Schriftführer über am 24. April und am 16. Mai stattgefundene Konferenzen der Zahlstellen des Bezirks Eisenberg, Gernsdorf, Kahla und Naumburg.

gehend. Mit den auf diesen Konferenzen gefassten Beschlüssen usw. hat sich die Versammlung einverstanden.

Zum Tagesordnungspunkt „Gewerkschaftliches“ teilt der Vorredner mit, daß die Verwaltung beschlossen hat, den Schornborfer Weg, die seit dem 29. April sich im Ausstand befindenden, 150 Mt. zu erweisen, wenn der Streik in der „Ameise“ bekanntgegeben wird. Weiter wird mitgeteilt, daß dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sammlung für gelegentlich des Rapp-Butsches Schaden gekommene Arbeiter bzw. deren Familien betreffend, entsprochen werden soll, und zwar hat die Verwaltung beschlossen, 500 Mt. dem 12-Proz.-Fonds an die Haupt sammelstelle abzuführen. Diese 500 Mt. sollen nach der Reichstagswahl durch Sammlungen unter den Wegen aufgebracht und an den 12-Proz.-Fonds wieder zurückgezahlt werden. Beiden Beschlüssen der Verwaltung stimmt die Versammlung einstimmig zu.

Ein Schreiben des Verbandsvorstandes, Gebietsabgrenzungen zwischen Fabrikarbeiterverband und unserem Verband betreffend, wird vorgetragen und macht der Vorsitzende längere Ausführungen dazu. Er kommt zu dem Schluß, daß die Beschlüsse unserer obersten Instanzen, in diesem Falle der Gewerkschaftskongresse und der Verbandshauptleitungen, für uns Gesetz seien und respektiert werden müssen. Die Kollegen werden aufgefordert, ihren Uebertritt zur für allein zuständigen Organisation, dem Porzellanarbeiterverband, zu vermeiden, sofern sie direkt in der Porzellanfabrikation beschäftigt sind, dem Transportarbeiter- oder Fabrikarbeiterverband angehören.

Von der Gauleitung liegt ein Schreiben vor, nach welchem das kürzinger Gauchiedsgericht vorläufig aufgelöst werden mußte in Folge des Verhaltens des Unternehmerrgauleiters Reeb. Zu dieser Gelegenheit wird nach längeren Ausführungen eine Resolution angenommen, in welcher die Unternehmer aufgefordert werden, Schritte unternehmen, welche den baldmöglichen Wiederzusammentritt des Gauchiedsgerichts ermöglichen, eventuell unter Ausschaltung ihres Gauleiters und Ersatz desselben durch eine andere geeignete Person.

Auf die Versorgung der Arbeiter mit Berufskleidung durch die Hilfstandsversorgungsgenossenschaft m. b. H. in Berlin wird hingewiesen und den Betriebsräten aufgegeben, bei ihren Betriebsräten zu beantragen, sich zwecks Belieferung mit Berufskleidung ihre Arbeiter mit genannter Stelle in Berlin in Verbindung zu setzen.

Genosse Leube macht hierauf noch längere Ausführungen über Ursachen der hohen Lebensmittelpreise, sowie über Lebensmittelteilung und Behebung der Wohnungsnot.

Mit dem Hinweis auf den Artikel „50 000“ in der „Ameise“, Anwesenden zu reger Werbearbeit für den Verband auffordernd, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Kaiserslautern. Die am 16. Mai stattgefundene Zahlstellenversammlung war leider wieder sehr schlecht besucht. Der Kassierer berichtete zunächst den Kassenbericht vom 1. Quartal. Die Kasse und der wurden geprüft und da alles in Ordnung war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Zu Punkt 2 wurde Stellung genommen zu dem heutigen Lohn der teuren Lebenshaltung, da mit den paar Pfennigen, hauptsächlich bei den Tagelöhnern, nicht mehr auszukommen ist. Nach längerer erregter Debatte wurde beschlossen, daß der Betriebsrat noch mit dem Arbeitgeber in Verhandlungen treten soll.

Zu Punkt 3 nahm die Versammlung Kenntnis von der Mitteilung des Garbureaus betreffend Abbrechens der Schiedsgerichtshandlungen infolge des eigenartigen Verhaltens des Arbeitgebervertreters Herrn Reeb. Im Laufe der Debatte wurde eine Resolution angenommen, in welcher gegen das Verhalten dieses Herrn protestiert wird, und die Durchführung unseres Antrages vom 25. Januar 1920, betreffend Verletzung in die Lohnklasse 2a, unbedingt verlangt wird.

Nachdem unter Punkt „Verschiedenes“ noch kleine Betriebsmängel besprochen und geregelt wurden, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch zum besseren Versammlungsbesuch die Versammlung.

Magdeburg. Am Donnerstag, den 6. Mai, fand im „Wintergarten“ eine gutbesuchte Versammlung statt. Genosse Beer von der Volksfürsorge hielt einen interessanten Vortrag über die Geschichte des Versicherungswesens. An zahlreichen Beispielen zeigte er, daß Deutschland das erste Land war, welches nach statistischen Zahlen die Versicherungen durch die Feststellungen, welche ein Pfarrer Neumann folgten diesen bald, und nach nicht langer Zeit hatten uns diese überflügelt. Es wurde hier bei uns zu wenig Wert darauf gelegt, wie wichtig eine derartige Versicherung für die arbeitende Masse ist. Die sogenannten bürgerlichen Versicherungen machten hier ein glänzendes Geschäft damit. Um nun zu verhindern, daß diese Versicherungen sich weiter den Geldsack mit den Arbeitermassen füllen, gründeten die Gewerkschaften die „Volksfürsorge“. In dieser wird den Versicherten der volle Betrag wieder herausgezahlt. Im Schluß wurde noch festgestellt, daß eine große Anzahl von Mitarbeitern unserer Zahlstelle sich in der „Volksfürsorge“ aufnehmen lassen. Des weiteren gibt der Vorsitzende bekannt, daß eine Anzahl Zahlstellen beim Vorort beantragt hatte, eine Bezirkskonferenz abzuhalten, welche sich mit der Stellungnahme zum neuen Lohn Tarif mit der Frage der Beitragserhöhung beschäftigen soll. Die Versammlung beschließt, der Anregung der anderen Zahlstellen stattzugeben und am Sonntag, den 16. Mai, eine Bezirkskonferenz in Wintergarten abzuhalten. Als weiterer Punkt stand nochmals auf der Tagesordnung die Gründung einer Unterstützungskasse für Sterbende, um bei vorkommenden Fällen den Hinterbliebenen eine kleine Hilfe gewähren zu können und so die leidigen Sammelkisten aus der Welt zu schaffen. Nach kurzer Debatte wurde diese Angelegenheit abgelehnt. Der nächste Punkt betrifft die Stellungnahme zum neuen Lohn Tarif. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Nach einer lebhaften Diskussion geschlossen war, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Zahlstelle Magdeburg beantragt, beim nächsten Lohnabkommen dahin zu wirken, daß statt der prozentualen Berechnung festgesetzte Lohnaufschläge zu fordern sind. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß die „Ameise“ „Sonstigen“ und „Facharbeitern“

immer mehr überbrückt wird, um so die Mißstimmung der ersteren gegen die Facharbeiter zu beseitigen.“

Nachfolgender Antrag fand noch einstimmige Annahme: „Da uns die bürgerliche Mehrheit in den Parlamenten verwehrt hat, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu begehen, wollen wir als Protest dafür am sogenannten gesetzlichen Feiertag (Himmelfahrtstag) arbeiten. Die Betriebsräte werden beauftragt, sich mit den Unternehmern in Verbindung zu setzen.“

Moschendorf. Versammlung vom 7. Mai. Gauleiter Bredow ergreift das Wort zu seiner Vorlage: Reichstarif und Lohnverhandlung. Er schildert das Tarifwesen im allgemeinen und geht dann über zu den in Leipzig, Nürnberg und zuletzt in Berlin stattgefundenen Verhandlungen. Er zeigt an Beispielen von Tarifverträgen anderer Organisationen, wie sich der Tarif unserer Organisation wohl neben denen der anderen sehen lassen kann. Weiter schildert er die Schwierigkeit der Verhandlungen mit den Unternehmern in der Porzellanindustrie. Er schildert, wie die Unternehmer nach der Leipziger Ablehnung versuchten, durch ein Mundschreiben Zerplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft zu bringen. Doch an dem Verhalten der Arbeiterschaft von Oberfranken-Oberpfalz scheiterte dieses Vorhaben. Ferner ersuchte er die Kollegen und Kolleginnen, in ruhiger, sachlicher Art weiter zu arbeiten, zu weiteren größeren Erfolgen, zur Abwendung der großen wirtschaftlichen Notlage.

Manche Kollegen und Kolleginnen führten in der Versammlung Beschwerde über die Direktion, die nicht in loyaler Weise den Tarif durchgeführt hat. Gauleiter Bredow wird beauftragt, beim Direktor vorzusprechen.

Es wird zum neuen Lohn Tarif gefordert die Stunde 6 Mt. als Mindestlohn für Zeillöhner angesichts der heutigen 100prozentigen Steigerung der Lebensmittel.

Arbeiter über 21 Jahre sollen die höchste Lohnstufe erhalten und die Stufe 21—24 Jahre soll überhaupt verschwinden.

Nürnberg. In der letzten Zahlstellenversammlung referierte Genosse Ringelhan über das Versicherungswesen und führte ungefähr folgendes aus: Lebensversicherungen haben die Aufgabe, dort helfend einzugreifen, wo durch frühzeitigen Tod des Versicherungsnehmers wirtschaftliche Gefahren für dessen Angehörige eintreten können. Schon im Altertum gab es Begräbniskassen bei den Römern. Im Mittelalter waren Sterbekassen eingeführt, und um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurden hauptsächlich Todesfall-Versicherungen abgeschlossen. Mit der Entwicklung des Wirtschaftslebens erwies es sich für notwendig, andere Versicherungsarten zu schaffen, die den persönlichen und sozialen Verhältnissen der Versicherten sich besser anpassen vermochten. Die meisten Versicherungsnehmer wollen noch bei Lebzeiten in den Besitz des Kapitals gelangen. Zu diesem Zweck wurde dann die Erlebensfallversicherung eingeführt, wo nach Ablauf einer bestimmten Reihe von Jahren im Erlebensfall die Summe zur Auszahlung kam. Auch diese Versicherungsart hatte einen Nachteil, da bei frühzeitigem Tod des Versicherungsnehmers das eingezahlte Geld der Versicherung zufiel, deshalb war auch diese Versicherungsart nicht beliebt.

Von Bedeutung dagegen ist, daß der Zusammenschluß der Todes- und Erlebensfallversicherung erfolgte, damit in beiden Fällen, bei frühzeitigem Tode des Versicherten an dessen Hinterbliebene, als auch im Erlebensfall an den Versicherungsnehmer selbst die Versicherungssumme fällig wird. Heute werden in den meisten Fällen solche Versicherungen abgeschlossen. Die kapitalistischen Lebensversicherungen sind für die Arbeiter heute nicht mehr zu empfehlen, nachdem Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften die gemeinnützige Volksfürsorge gegründet haben. Kollege Ringelhan bespricht die günstigen Bedingungen und Tarife der Volksfürsorge und erwähnt die Nachteile, welche den Versicherungsnehmer in den kapitalistischen Kassen entstehen können, wenn die Prämienzahlung eingestellt wird.

Bei der Volksfürsorge sind seit Bestehen (1913) bis gegenwärtig 526 000 Versicherungsanträge eingegangen. Der gegenwärtige Stand der Versicherungen ist 512 000. Genosse Ringelhan gibt einige Beispiele, wie notwendig es für jeden Arbeiter ist, rechtzeitig eine Lebensversicherung abzuschließen, und gibt mit Befriedigung bekannt, daß durch seine Tätigkeit für die Volksfürsorge ihm möglich war, in den letzten 3 Jahren 2000 Versicherungen zum Abschluß zu bringen. Den Mitarbeitern der Volksfürsorge liegt noch ein weites Feld offen, wenn heute von über 7½ Millionen freigestellten Arbeitern die Volksfürsorge im letzten „Mitteilungsblatt“ berichtet konnte, daß der Stand der Versicherten eine halbe Million betragen hat. Redner ersuchte die Mitglieder, in Freundes- und Bekanntenkreisen für die Volksfürsorge Propaganda zu machen und verweist noch auf den Bericht über die Volksfürsorge, „Ameise“, Nr. 15 vom 9. April 1920. In der Diskussion meldeten sich noch einige Mitglieder zum Abschluß einer Versicherung. Damit konnte Kollege Ringelhan bestätigen, daß sämtliche Zahlstellenmitglieder Nürnbergs der Volksfürsorge angehören.

Röslau. Die am 5. Mai stattgefundene gutbesuchte Zahlstellenversammlung befaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Punkt: Anträge zum neuen Lohn Tarif. 2. Punkt: Lohnklasse 2a, 2b. 3. Punkt: Wünsche und Anträge. Zu Punkt 1 der Tagesordnung übergehend, wurde nachstehender Antrag eingebracht und angenommen: Die Zahlstellenverwaltung wird beauftragt, dem Hauptvorstand zu übermitteln, daß im neuen Lohn Tarif die bestehenden Löhne um 75 Proz. erhöht werden, weiter auf die Abschaffung der Akkordarbeit erneut hinzuwirken. Bei Punkt 1 gab der Vorsitzende den ablehnenden Schiedsspruch des Gauchiedsamtes Marktreuth bekannt, und wurde einstimmig beschlossen, die Verletzung in die Lohnklasse 2a beim Oberschiedsamt zu beantragen. Bei Punkt 3 gab der Vorsitzende die Zusage des Verbandschriftführers Kollegen Karl, betreffend Ausgleichszulage, bekannt. Die Anwesenden waren darin voll und ganz einig, den Hauptvorstand zu beauftragen, schleunigst Verhandlungen einzuleiten und die Ausgleichszulage für das erste Vierteljahr 1920, sowie vom 1. Mai bis 31. Mai 1920 (ab 1. Mai hat sich der Brotpreis verdoppelt!) erneut zu fordern. Betreffs dieser Ausgleichszulage wurde angeregt, die anderen Zahlstellen auf den Beschluß der Zentral-Arbeitsgemeinschaft, welcher in Nr. 1 des „Korrespondenzblattes“ und Nr. 4 der „Ameise“ veröffentlicht ist, hinzuweisen, und mit Bedauern wurde

festgestellt, daß so wenige Zahlstellen diesen so wichtigen Beschluß be-
achtet haben.*) Nachdem Kollege Männig sein Amt als Kartellbe-
legierter niederlegte, wurde Kassierer Christian Lang einstimmig als
Kartellbelegierter gewählt. Das Gewerkschaftskartell hatte beschlossen,
pro Mitglied 30 Pf. Maibeitrag zu erheben; leider gab es einige Mit-
glieder, welche sich sträubten, diesen geringen Beitrag zu zahlen, und
es wurde der Antrag eingebracht, diesen an Gewerkschaftsinn mangeln-
den Mitgliedern den Maibeitrag zu erlassen. Dieser Antrag wurde
jedoch einstimmig abgelehnt und das Benehmen dieser wenigen Mit-
glieder getadelt. Sodann gab Betriebsratsobmann Kollege Bress
einen Bericht von der bisherigen Tätigkeit des gesamten Betriebsrates.
Ferner wird angeregt, daß es sehr angebracht wäre, die Beitrags- und
Unterstützungssätze zu erhöhen. Nachdem keine Wortmeldungen mehr
vorlagen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schönwald. Die am 17. Mai tagende Zahlstellenversammlung
erfreute sich abermals eines guten Besuches. Man muß hierbei be-
merken, daß die Mitglieder den Ernst der Zeit erkennen und man gibt
der Hoffnung Ausdruck, daß es auch fernerhin so bleiben möge. Der
Vorsitzende, Kollege Wildstein, begrüßte die Anwesenden und eröffnete
die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches:
a) Kartellbericht, b) Erledigung von Unterstützungsfragen. 2. Wahl
eines Kartellbelegierten, eines Beisizers und eines Unterkassierers.
3. Pflichtbeitrag zur Unterstützung der anlässlich des Rapp-Putschs
inhaftierten Genossen und deren Familien. 4. Wünsche und Anträge.
Bevor in die Tagesordnung eingegangen wurde, erwähnte der Vor-
sitzende die Mitglieder, indem eine reichhaltige Tagesordnung bevor-
steht, nicht im Laufe der Versammlung schon unruhig zu werden und
bis zum Schluß der Versammlung auszuhalten. Zu Punkt 1 erstattete
der Vorsitzende den Bericht der am 18. April stattgefundenen Kartell-
sitzung in ausführlicher Weise. Uns ging aus Schorndorf eine Bitt-
schrift betreffs einer Ausstandsunterstützung zu. Hierzu wurde
in der Verwaltungssitzung beschlossen, vorerst auf beschleunigtem Wege
beim Hauptvorstand über den Stand der Sache anzufragen. Es wurde
aber in der Sitzung im voraus vorgeschlagen, den Betrag von 150 Mk.
festzusetzen, damit nicht erst zu diesem Zweck wieder eine Sitzung bzw.
Versammlung einberufen werden braucht. Dieses wurde der heutigen
Versammlung vorgelegt. Ohne eine weitere Debatte ging der An-
trag ein, den Betrag sofort, ohne jeden Bescheid des Hauptvorstandes,
abzulenden. Hierauf wurde auch der Vorschlag der Verwaltung be-
treffs des Betrages von 150 Mk. umgestoßen, da aus der Mitte der
Versammlung in Anbetracht unserer starken Zahlstelle ein höherer
Betrag, und zwar 200 Mk. und zuletzt noch 300 Mk. vorgeschlagen
wurde. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung unterstützt und
der weitgehendste von 300 Mk. einstimmig angenommen. Hierauf
wurden unter Punkt 2 einige Wahlen vorgenommen, und zwar als
Kartellbelegierter wurde Kollege Franz Rothmeier, als Beisitzer Kol-
lege Arno Riebel, und als Unterkassierer Kollege Adolf Thim per
Akklamation einstimmig gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die
Wahl an. Nun wurde zum hauptsächlichsten Punkt 3 übergegangen.
In der letzten Verwaltungssitzung wurde auch die Unterstützungsfrage
der anlässlich des Rapp-Putschs inhaftierten Genossen und deren Fa-
milien ausgearbeitet. Es haben zurzeit zwei Kollegen bereits ihre
Strafe angetreten und es dürften in kürzester Zeit weitere folgen.
Es ist selbstverständlich unsere heiligste Pflicht, betreffende Genossen
nach besten Kräften zu unterstützen, da dieselben doch für die All-
gemeinheit ihrer Freiheit auf lange Zeit hinaus beraubt sind, und
wir auch deren Familien unter keinen Umständen darben lassen dürfen.
Diese Frage wurde nun dahingehend behandelt, daß in drei Stufen als
erstmalige Rate, und zwar für männliche Mitglieder 3 Mk., für weib-
liche 2 Mk. und für männliche und weibliche Mitglieder unter 18
Jahren 1 Mk. eingefordert werden soll. Auch diese Frage fand bei
den Anwesenden keine weitere Debatte, und wurde nach kurzer Klar-
legung durch Kollegen Bauer einstimmig angenommen. Es wurde
eine Kommission von drei Kollegen gewählt, die die Sache in die
Hand nehmen soll. Unter Punkt 4 wurde unter anderem auch die
Frage eines Kollegen aufgeworfen, ob es vielleicht noch möglich wäre,
einige Anträge zu dem neuen Lohnabkommen einzulenden. Er mußte
aber vom Vorsitzenden den Bescheid erhalten, daß dies bereits als zu
spät erscheint. Ueber Mangel an Einrichtungen auf hygienischem Ge-
biete wurde auch lebhaftes Klage geführt. Nachdem noch einige unter-
geordnete Punkte ihre Erledigung fanden, wies der Vorsitzende die
Mitglieder auf die in Nr. 20 der „Ameise“ erschienenen zehn Gebote
hin und führte an, daß sie dieselben zu Herzen nehmen mögen und auch
dementprechend danach handeln. Ferner drückte er auch den Wunsch
aus, daß die Versammlungen auch weiterhin so gut besucht werden
möchten und schloß daraufhin die gut verlaufene Versammlung.

*) Anmerkung des Schriftleiters. In Nr. 15, „Ameise“, vom
9. April 1920 steht im ersten Artikel (1. Blatt, 1. Spalte, 2. Absatz)
zu lesen: Um etwaige Anfragen zu erübrigen, sei hierbei bemerkt, daß
mit der Neueinstellung der Mindestlöhne und Akkordbasen ab 1. April
gleichzeitig die Frage einer Lohnerhöhung als Ausgleich für die Ver-
teuerung der Brot- und Kartoffelpreise geregelt ist. Diesen Satz
scheinen die Kollegen in Rößlau übersehen zu haben.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. 3. Juni, Versammlung am 16. Juni, abends 7 Uhr,
in der Schulanstalt, Dresdenerstr. 113.

Berlin. Schilbermaler. Branchenversammlung am 8. Juni bei
Vollzählig, Wilmersdorf, 21. Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen
unbedingte Pflicht, wichtige Tagesordnung.

Breslau. Mittwoch, 2. Juni, abends 8½ Uhr, bei Treffer,
Reichenberg 7, Figurenbranche.

Rürnberg. Samstag, 12. Juni, abends 7 Uhr, Restaurant
Famulus, Dürerstraße (Röhrh.).

Reichswasser. Donnerstag, 3. Juni, abends 8 Uhr, bei Sandril.

Reichswasser. Mittwoch, 2. Juni, 8 Uhr, im Gewerkschaftsheim.

Adressen-Änderungen.

Breslau. Alle Zuschriften, die Figurenbranche betreffend,
an Erich Fritsch, Breslau VIII, Bornwerfstr. 73 a, zu richten.
Moschendorf. Schriftführer: Wilh. Schmidtbauer,
Fokauerstr. 22.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt,
nicht weiter befördert.

Wir suchen in dauernde Stellung einen
selbständig arbeitenden Maler
(erste Kraft), für handgemalte Köpfe und Figuren, blau oder
größere Stücke. **Gebrüder Schula, Frankfurt a.**

Maler, 34 Jahre alt, verheiratet, solid, an saubere Arbeit
möht, firm in Dekor, Fond, Staffage, Stempel, Rand, Band
sucht dauernde Stellung auf besseren Export.
Angebote unter G. 7 an die Redaktion der „Ameise“

Größere Anzahl geschickter Geräteglasbläser,

welche auf Quarzglas arbeiten wollen, wird bei einem der
Wochenlohn von 377 Mk. für Glasbläser über 25 Jahre, für je
entsprechend weniger, sofort gesucht, wegen Vergrößerung unserer
16 Jahren bestehenden Quarzglaschmelze in Griesheim a. M.
guten Leistungen dauernde Anstellung. — Mit Rücksicht auf die
bestehenden Wohnungsschwierigkeiten müssen unverheiratete Bewerber
bevorzugt werden. Näheres zu erfahren durch Heraeus-Quarz-
Gesellschaft m. b. H., Hanau a. M.

Wir suchen zum baldigen Eintritt

1 Maler

für bessere Rand-, Band- und Stempelarbeiten; für Kaffee-
Tafelservice

1 dünnen Becherbreher und

1 Tellerdreher.

Wir rechnen nur auf tüchtige, nüchterne und solide Per-
sonen, welche sich als Vorarbeiter und zum Anlernen ungeübter Kräfte
eignen, denen an dauernder Stellung gelegen ist, belieben
mit Angabe vorheriger Tätigkeit, Zeugnisabschriften sowie des
einzureichen an

A.-B. Karlstrona Porzellanfabrik, Karlstrona, Schmelz.

Geschäfts-Anzeigen.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Zap-
fen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen
einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldhaltige Schmiere — Zapfen — Asche — Pinsel — Flaschen
Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtsstr. 8.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Stankaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen
Metallrückstände dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der
Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen
schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. A.

Goldflaschen :: Zapfen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen bei Ilmenau, S.

Echter Nordhäuser Kantabak

unter Garantie. Außerst preiswert. à Rolle 1,75 Mk.

Edwin Petermann, Hermisdorf, S.-A., Schultze.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste

Beste



Seifert, Zwickau i. S., Osterweilstr. 32

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiter
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstr. 22